

„Deutschland kommt voran“

Nach 100 Tagen: Rainer Arnold (SPD) zieht positive Bilanz

NÜRTINGEN (pm). Seit 100 Tagen ist die SPD als Regierungspartei vertreten und hat nach eigener Auffassung bereits mehr auf den Weg gebracht als die Regierung zuvor in der gesamten letzten Wahlperiode. „Noch vor der Sommerpause werden wichtige Punkte, die wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben, umgesetzt wie das Rentenpaket und das Tarifpaket“, so der Abgeordnete Rainer Arnold.

Die SPD stehe damit zu ihrem Wort, Deutschland sozial gerechter zu machen und das Leben der Menschen zu verbessern. Ein Meilenstein ist laut Arnold die Einführung des flächendeckenden Mindestlohnes zum 1. Januar 2015. „Vier Millionen Menschen profitieren davon, denn damit wird Lohndumping endlich wirksam bekämpft und macht Platz für einen fairen Wettbewerb“. Die SPD setze sich dafür ein, dass man von seiner Arbeit leben könne und im Alter zudem sozial abgesichert sei.

Vor diesem Hintergrund seien auch die Verbesserungen im Bereich der Rente zentral: Das Rentenpaket, das bereits zum 1. Juli in Kraft trete, Sorge für mehr soziale Gerechtigkeit, denn alle, die 45 Jahre lang Beiträge gezahlt hätten, könnten jetzt zwei Jahre früher abschlagsfrei in Rente gehen. Auch die Erziehungsleistung der Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, werde endlich anerkannt.

Weitere wichtige Initiativen, mit denen sich nun der Bundestag befassen werde, seien die Reform des Erneuerbare-Energie-Gesetzes (EEG) und die Mietpreisbremse. Die Gesetzentwürfe lägen nun vor und so könne auch das eine oder andere noch nachjustiert werden. „Das Ziel ist es, für eine saubere, si-

chere und bezahlbare Energie zu sorgen. Dafür muss das EEG reformiert werden“, so der SPD-Mann. Die Kostendynamik müsse durchbrochen werden und die Kosten gerechter verteilt werden. Dazu gehöre auch die Überförderung und Vergütung stufenweise zu senken. „Die Energiewende ist jedoch nur dann erfolgreich, wenn es der Industriegesellschaft gelingt, Klima-, Umwelt- und Naturschutz mit wirtschaftlichem Wachstum und Beschäftigung zu verbinden“, da ist sich Arnold sicher.

Mit der angekündigten Mietpreisbremse werden zukünftig Mieterhöhungen nur bis maximal zehn Prozent der ortsüblichen Vergleichsmiete möglich sein und wer einen Makler bestelle, müsse auch zahlen. „Nach wie vor gibt es noch viel zu tun, aber wir sind auf einem guten Weg, unsere sozialdemokratische Politik umzusetzen“, meint Arnold.

Weitere Themen seien zudem in der Vorbereitung, so beispielsweise das Elterngeld plus. „Familien- und Erwerbsarbeit können hier partnerschaftlich aufgeteilt werden“. In Teilzeit arbeitende Eltern könnten dies so bis zu 28 Monate beziehen. Damit trage die Große Koalition zur Chancengleichheit bei und sichere Lebensqualität für Familien.

Auch das Gesetz zur Förderung von Frauen in Führungspositionen trage dazu bei, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern voranzutreiben. Mit diesem Gesetz soll ab 2016 der Frauenanteil auf 30 Prozent gesteigert werden. „Weiter ist nicht gerechtfertigt, dass Frauen weniger Lohn als Männer für die gleiche Arbeit erhalten. Hier sind auch die Unternehmen gefordert, etwas zu ändern“, sagt Arnold.